

Mattias Prange

Schutzpflichtverletzungen

Eine Untersuchung am Beispiel der Haftung zwischen den Verbundpartnern beim Widerrufsdurchgriff



Nomos

Studien zum Zivilrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Universität Köln

Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig

Prof. Dr. Florian Faust, Bucerius Law School, Hamburg

Band 39

Mattias Prange

Schutzpflichtverletzungen

Eine Untersuchung am Beispiel der Haftung zwischen
den Verbundpartnern beim Widerrufsdurchgriff



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, FU, Diss., 2020

u.d.T.: Schutzpflichtverletzungen am Beispiel der Haftung zwischen den Verbundpartnern beim Widerrufsdurchgriff.

ISBN 978-3-8487-6780-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0884-5 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im April 2019 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin als Dissertationsschrift angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 9. Juni 2020 statt. Für die Veröffentlichung wurde die Abhandlung auf den Stand Mai 2020 gebracht. Aktuelle Änderungen im Bereich des Widerrufsrechts sowie die zur Thematik einschlägige Rechtsprechung und Literatur wurden soweit möglich berücksichtigt.

Betreut und begutachtet wurde die Dissertation von Herrn Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard). Ihm danke ich herzlich für die Möglichkeit, die Arbeit unter seiner Förderung in großer akademischer Freiheit schreiben zu dürfen. Er hat das Gelingen dieser Arbeit durch wesentliche Impulse und letztlich auch durch seine zügige Begutachtung enorm gefördert. Zudem umfasst dieser Dank eine sehr lehrreiche und anregende Zeit während seiner Professur an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, die ausschlaggebend für die Erstellung der Abhandlung war. Ebenso danke ich Frau Prof. Dr. Cosima Möller, die zeitnah das Zweitgutachten verfasst und mir wertvolle Anregungen zum römischen Recht gegeben hat. Dank gilt auch den Herausgebern der „Studien zum Zivilrecht“, die der Aufnahme dieser Arbeit innerhalb kurzer Zeit zustimmten.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei den zahlreichen Menschen bedanken, die mich in der Zeit meines Promotionsvorhabens auf unterschiedliche Weise unterstützt haben. In den verschiedenen Phasen der Entstehung dieser Arbeit haben sie mir als Diskussionspartner, Ratgeber, Mahner und Freunde zur Seite gestanden und damit maßgeblich zum Fortschritt und Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Frankfurt am Main, im Juni 2020

Mattias S. Prange

Inhaltsverzeichnis

Einführung	15
A. Das Risiko des Widerrufsdurchgriffs	17
B. Gegenstand der Untersuchung	19
C. Sinn und Zweck der Widerrufsrechte und des Widerrufsdurchgriffs	22
I. Grundlagen der Widerrufsrechte	23
II. Grundlagen der verbundenen Verträge	25
1. Kapitel: Die Haftung nach Vertragsgrundsätzen bei Vorliegen eines Rahmenvertrags	29
A. Die rechtliche Einordnung eines Rahmenvertrags zwischen den Verbundpartnern	29
I. Die Rechtsnatur des Rahmenvertrags	29
II. Allgemeine Rechte und Pflichten aus dem Rahmenvertrag	32
III. Die Mithaftung des Verkäufers für die Darlehensschuld des Verbrauchers	33
1. Gesetzlicher Ausgangsfall	35
a) Rückabwicklung vor Zufluss des Darlehens an den Unternehmer	36
aa) Ansprüche zwischen Bank und Verbraucher	36
bb) Ansprüche zwischen Verkäufer und Verbraucher	37
b) Rückabwicklung nach Zufluss des Darlehens an den Unternehmer	37
aa) Ansprüche der Bank gegen den Verkäufer	39
bb) Ansprüche des Verkäufers gegen die Bank	41
cc) Das Verhältnis der gesetzlichen Ansprüche zwischen Bank und Verkäufer zueinander	41
dd) Zwischenergebnis	42
2. Der Schuldbeitritt des Verkäufers	43
a) Die Besonderheit des Sicherungsschuldbeitritts gegenüber der gleichgründigen Gesamtschuld	45
b) Gesamt- oder Einzelwirkung des Verbraucherwiderrufs beim Schuldbeitritt	47

Inhaltsverzeichnis

c) Zwischenergebnis	48
3. Die garantieartige Ausfallhaftung des Verkäufers	49
4. Zwischenergebnis	51
B. Die Verpflichtung zur Information des Verbrauchers	52
I. Die gesetzlichen Pflichtangaben und ihre Schutzrichtung gegenüber dem Verbraucher	53
II. Das Verhältnis von Bank und Verkäufer bei der Erteilung der Pflichtangaben gegenüber dem Verbraucher	56
1. Die Schutzpflichten nach § 241 Abs. 2 BGB	58
a) Das Schuldverhältnis	59
b) Die Kann-Formulierung	60
c) Der Inhalt des Schuldverhältnisses	60
aa) Spezifische Gefahren der Sonderverbindung und Schadensvermeidungsaufwand	62
bb) Handlungs- oder Unterlassungspflicht	65
cc) Versicherbarkeit des Schadensrisikos	66
dd) Zwischenergebnis	67
d) Jeden Teil – Des anderen Teils	67
e) Rechte, Rechtsgüter und Interessen	68
f) Verpflichtung zur Rücksichtnahme	68
aa) Das Urteil des BGH zur Widerspruchserhebung gegenüber einem Dritten	69
bb) Begrenzung des Pflichtenkanons durch Begriff der Rücksichtnahme	73
g) Zwischenergebnis	74
2. Die Schutzpflicht zur Verbraucherinformation zwischen den Verbundpartnern	74
a) Das Urteil des BGH vom 25. Mai 1993	78
b) Berechtigte entgegenstehende Interessen der Bank	83
3. Zwischenergebnis	85
C. Das Vertretenmüssen	87
I. Die Schuldform bei der Erteilung fehlerhafter Pflichtangaben	88
II. Allgemeines zum fahrlässigen Rechtsirrtum	90
1. Der Rechtsirrtum in der Rechtsprechung	91
2. Kriterien zur Bestimmung der Anforderungen an das Verschulden eines Rechtsirrtums	94
a) Erkennbarkeit	95
b) Vermeidbarkeit	96

3. Zwischenergebnis	98
III. Der Rechtsirrtum über Pflichtangaben	98
1. Die spezielle Pflichtangabe zur Widerrufsinformation	99
2. Die allgemeinen Pflichtangaben	102
a) Die Erkennbarkeit des pflichtwidrigen Inhalts einer Pflichtangabe	103
b) Die Vermeidbarkeit des Rechtsirrtums über den Inhalt einer Pflichtangabe	104
c) Zwischenergebnis	108
IV. Der Rechtsirrtum über Pflichtangaben am Beispiel aktueller Rechtsprechung	108
1. Der Inhalt der Pflichtangabe zu den Kündigungsrechten	109
2. Das Verschulden eines Rechtsirrtums bei fehlerhafter Pflichtangabe über die Kündigungsrechte	111
3. Zwischenergebnis	112
V. Ergebnis	113
D. Die Haftungsausfüllung	114
I. Der Schaden des Verkäufers	114
1. Die Grundlagen eines Wertersatzanspruchs des Verkäufers	115
a) Die Anwendung des § 357 Abs. 7 BGB bei dem Widerrufsdurchgriff nach § 358 Abs. 2 BGB	116
aa) Die Bedeutung der richtigen Information des Verbrauchers für die Wertersatzpflicht	116
bb) Die Berechnungsgrundlage für den Wertersatzanspruch	119
b) Die Anwendung des § 357a Abs. 3 S. 4 BGB als Lösung der Problematik	121
2. Die Inkongruenz von Wertersatzanspruch und tatsächlicher Schadenshöhe	124
3. Zwischenergebnis	126
II. Die Zurechnung des Schadens	126
1. Haftungunterbrechendes Dazwischentreten Dritter	127
2. Zwischenergebnis	129
III. Das Mitverschulden des Verkäufers	129
E. Ergebnis	130

Inhaltsverzeichnis

2.	Kapitel: Die Haftung nach Vertragsgrundsätzen bei Fehlen eines Rahmenvertrags	132
A.	Die Sonderverbindung als Voraussetzung der Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB	132
I.	Der Zusammenschluss der Verbundpartner durch Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks	132
1.	Gemeinsamer Zweck	135
2.	Zwischenergebnis	138
II.	Vertraglicher Drittschutz – Der Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und die Drittschadensliquidation	139
1.	Haftungsvoraussetzungen des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	143
a)	Leistungsnahe	143
b)	Das alternative Kriterium der Einwirkungsnahe	146
aa)	Der Fall Kirch/Deutsche Bank	148
bb)	Der Lastschriftfall	152
cc)	Der Nitrierofenfall	154
dd)	Die Anwendung der zur Einwirkungsnahe gewonnenen Erkenntnisse auf die Konstellation der Verbundpartner	156
c)	Kritik am Merkmal der Einwirkungsnahe	158
aa)	Die inhaltlichen Beweggründe für die Entscheidung des BGH im Gemüseblattfall	160
bb)	Ansätze zur Legitimation der Haftung für primäre Vermögensschäden	164
(1)	Die positive Begründung einer verstärkten Haftung	165
(a)	Die Lehre vom sozialen Kontakt	165
(b)	Die Lehre von der Vertrauenshaftung	167
(2)	Die negative Abgrenzung einer eingeschränkten Haftung	171
(a)	Die haftungsbegrenzende Funktionsweise des Deliktsrechts	172
(b)	Die haftungsbegrenzende Funktionsweise des Rechts der Schuldverhältnisse	174
(c)	Pickers Schlussfolgerungen und Kritik hieran	174
cc)	Stellungnahme	179

d) Schlussfolgerungen für die Kriterien der Leistungs- bzw. Einwirkungsnahe	181
aa) Der haftungsrelevante Anknüpfungspunkt im Schadensrecht	181
bb) Die Sozialwirkung der Leistung als Grund für die Erweiterung des personalen Anknüpfungspunkts	182
cc) Die fehlende Sozialwirkung in Fällen der Einwirkungsnahe	184
dd) Beschränkung des Drittschutzes auf Fälle der Leistungsnahe	187
2. Zwischenergebnis	188
III. <i>Vollkommers</i> Vertragsgebilde »sui generis« im Sinne eines dreiseitigen Vertrags	189
IV. Der rechtsgeschäftliche Verbund nach <i>Gernhuber</i>	193
V. Das trilaterale Synallagma nach <i>Heermann</i>	197
VI. Auftragsähnliches gesetzliches Schuldverhältnis nach <i>Lebek</i>	202
VII. Die Eigenhaftung Dritter nach § 311 Abs. 3 BGB	206
VIII. Das Rücksichtnahmeschuldverhältnis nach § 311 Abs. 2 BGB	207
1. Der Auffangtatbestand des § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	208
a) Die bisherige Präzisierung der Legitimationsmodelle von Picker und Canaris	210
aa) Die Objektivierung des Vertrauensmoments	212
bb) Personal der finaler Geschäftskontakt	214
b) Die Lehre von der Rechtskreisöffnung und -überschneidung	216
aa) Der Mindesttatbestand einer Sonderverbindung	218
bb) Zwischenergebnis und Stellungnahme	220
c) Die Lehre von der Rechtszuweisung und eigener Lösungsansatz	221
aa) Das Zivilrecht als Rechtszuweisungsordnung	221
(1) Das Substanzrecht als Grundlage des Rechtsschutzes	222
(2) Die Komplementärfunktion der Schutzrechte und ihre einheitliche Gestalt	224
(3) Die eingeschränkte Ersatzfähigkeit primärer Vermögensschäden als Mittel der Gewährleistung von Freiheit durch Haftungsbegrenzung	226

Inhaltsverzeichnis

(4) Zwischenergebnis	228
bb) Das Zusammenspiel von Rechtszuweisung und Rechtskreisöffnung	229
(1) Die Verschmelzung der Rechtskreise durch Rechtszuweisung	230
(2) Die Verschmelzung der Rechtskreise durch die angestrebte Rechtszuweisung	236
(3) Die Einordnung der Geschäftsführung ohne Auftrag	240
(a) Die berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	241
(b) Die unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	242
(c) Zwischenergebnis	244
(4) Die Verbindungselemente einer Sonderverbindung	245
cc) Ähnliche geschäftliche Kontakte	246
(1) Der Diskussionsstand zum geschäftlichen Kontakt	246
(2) Der Diskussionsstand zur Ähnlichkeit des geschäftlichen Kontakts	247
(3) Stellungnahme	248
(a) Der Minimalkonsens zu § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	248
(b) Die Einordnung des § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB in die zivilrechtliche Rechtszuweisungsordnung	249
d) Zwischenergebnis	251
2. Die Beziehung zwischen den Verbundpartnern als Sonderverbindung	252
a) Der Finanzierungszusammenhang	252
b) Die wirtschaftliche Einheit der Verträge	253
aa) Die unwiderlegliche Vermutung des § 358 Abs. 3 S. 2 Alt. 2 BGB	254
bb) Sonstige Fälle wirtschaftlicher Einheit nach § 358 Abs. 3 S. 1 BGB	256
cc) Anforderungen an die Intensität der Beziehungen	257
c) Schlussfolgerungen für die rechtliche Beziehung zwischen den Verbundpartnern	260

3. Zwischenergebnis	261
B. Zusammenfassung der Erkenntnisse	262
3. Kapitel: Die deliktische Haftung	265
A. Der deliktsrechtliche Schutz des Rechts »an« der Forderung	265
I. Die bislang diskutierten Verletzungstatbestände	268
II. Die unzutreffende ablehnende Haltung der herrschenden Meinung	270
1. Die Relativität der Forderung?	271
2. Die (mangelnde) sozialtypische Offenkundigkeit der Forderung	271
3. Das Bedürfnis für einen deliktischen Schutz	273
III. Zwischenergebnis	275
B. Die deliktische Haftung zwischen den Verbundpartnern	276
I. Rechtstechnik und Rechtsnatur des Widerrufsrechts	276
II. Rechtstechnik und Rechtsnatur des Widerrufsdurchgriffs	278
III. Die fehlerhafte Erteilung der Pflichtangaben als Verletzung des Rechts »an« der Forderung	279
1. Die Relevanz der zeitlichen Abfolge der Vertragsschlüsse	281
2. Zwischenergebnis	282
C. Ergebnis	282
Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse und rechtspolitische Kritik	284
Literaturverzeichnis	293
Register	315

